

infobrief März 08/ Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen
Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

NRW - Termine

- 06. April** Frauenmitgliederversammlung er Kölner Grünen
- 07. April** Kreismitgliederversammlung Köln/Feuerwache
- 10. April** Mitgliederversammlung UNICEF in Köln
- 12. April** Landesdelegiertenkonferenz in Hamm

Themen

- 01** Afghanistan
- 02** UNICEF
- 03** Kenia
- 04** Tschad/Darfur
- 05** Simbabwe
- 06** Grüner Friedenspolitischer Kongress
- 07** Internationaler Frauentag
- 08** Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Wahlen in Hessen und Hamburg haben gezeigt, dass wir künftig in der Regel von 5 Parteien in den Parlamenten ausgehen müssen. Das verändert die strategische Lage auch für die Grünen grundlegend – Rot-Grün scheint vorerst vorbei zu sein.

Wir müssen dringend diskutieren, wie wir mit dieser neuen Lage in den Ländern, aber auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen umgehen wollen.

Fest steht die Lage ist komplizierter geworden – aber auch spannender, denn sie eröffnet gerade für uns neue Chancen.

Ich habe mich in einem Interview im Kölner Stadtanzeiger vom 8.2.08 ebenfalls zu diesen Fragen geäußert und hoffe, dass wir in NRW auch in den Kreisverbänden diese Frage gemeinsam diskutieren.

Ich plädiere - kurz gesagt – für eine **flexible Strategie in der Machtfrage**:

Da wo rot-grün-rot möglich ist und wir -wie in Hessen- die meisten Inhalte unserer Politik umsetzen können, sollten wir der reaktionären Rote-Socken-Kampagne nicht auf den Leim gehen und auch Koalitionen mit der Linken eingehen, falls sich die FDP weigert, mit Rot-Grün Koalitionen zu schließen. Allerdings ist für die Bundesebene Rot-Rot-Grün zur Zeit keine Option, weil es mit der Linken in der Außenpolitik kaum Übereinstimmungen gibt.

infobrief März 08/ Kerstin Müller

Ich meine aber auch, Schwarz-grün kann für uns eine Option sein, wenn wie in Hamburg das zur Verhinderung einer großen Koalition die einzige Möglichkeit ist.

Und auch wenn Herr v. Klaeden (CDU) unsere Zusammenarbeit im Stadtanzeiger lobt - Voraussetzung für eine Koalition ist immer, dass wir auch mit den Schwarzen möglichst viel grüne Politik umsetzen können.

Und in vielen Fragen ist die Bundesregierung immer noch stark zu kritisieren - da hilft auch kein Schmusekurs wegen eventueller Farbenspiele.

Generell muss der Maßstab sein: flexibel in der Machtfrage, damit wir möglichst viel von grünen Inhalten und Programmen durchsetzen können.

Damit ist meines Erachtens auch klar, dass eine Konstellation nicht in Frage kommt: - und das ist „Jamaika“ d.h. schwarz-gelb-grün. Da werden wir nur zum Steigbügelhalter für schwarz - gelbe Politik. Von uns bliebe kaum etwas erkennbar.

(Bitte lest dazu auch das Interview am Ende des Infobriefes)

Um welche Themen es zur Zeit in meinem Ressort der Außenpolitik geht, könnt ihr auf den folgenden Seiten lesen.

Ich wünsche Euch gute Beratungen zur ‚Großwetterlage‘ in Euren Kreisverbänden und komme gerne, um mit Euch zu diskutieren.

Bis dahin wünsche ich Euch eine informative Lektüre und stehe natürlich für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung.



Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen:
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 2277 1 022
☎ (030) 227 76 480
mail: Kerstin.Mueller@bundestag.de
www.kerstin-mueller-mdb.de

Wahlkreisbüro
Ebertplatz 23
50668 Köln
☎ 0221 - 72 20 369
☎ 0221 - 97 25
710Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

infobrief März 08/ Kerstin Müller

01 Afghanistan

Die Auseinandersetzung um den deutschen Afghanistaneinsatz gewinnt wieder an Fahrt und bewegt die grüne Politik. Dazu tragen in den letzten Wochen die Debatte um die Bereitstellung der Quick Reaction-Force (QRF) und Spekulationen um ein erweitertes und verlängertes Mandat bei.

Die QRF ist nichts Neues und hat es bisher schon im Rahmen von ISAF gegeben. Sie ist eine unverzichtbare Reservetruppe, die dazu dient, die Soldaten im Norden aus schwierigen Situationen rauszuhauen. Für sie gelten die gleichen ISAF-Regeln und sie darf nur in ganz besonderen Ausnahmefällen außerhalb des Nordens eingesetzt werden. Die Bundesregierung muss allerdings garantieren, dass QRF nur im Rahmen des bisherigen Mandats agiert.

Die Diskussion um eine etwaige Aufstockung der Soldaten führt nicht weiter. Vielmehr muss die Bundesregierung endlich einmal darlegen, wie sie den notwendigen Strategiewechsel in Afghanistan hin zu mehr zivilem Aufbau hinkriegen will. Denn wir müssen die Herzen der Menschen in Afghanistan gewinnen. Nur mit einer Erhöhung der Anzahl der Soldaten schaffen wir das jedenfalls nicht.

Überlegungen der Bundesregierung ein neues Mandat länger als 1 Jahr laufen zu lassen, um die Verlängerung aus dem Wahlkampf herauszuhalten ist skandalös. Wir scheuen die Auseinandersetzung mit den Wählerinnen und Wählern um den Afghanistaneinsatz nicht.

Hier geht es zum TAZ-Artikel vom 10.2.2008 und zum Text von Jürgen Trittin zu QRF:

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/mandat-fuer-18-monate-skandaloes/?src=SE&cHash=ff10bcc225>

http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dokbin/220/220836.diskussionspapier_kurswechsel_in_afghani.pdf

02 – UNICEF – die Kehrtwende muss ein Neuanfang werden

Nach dem Rücktritt von Heide Simonis sowie des Geschäftsführers Dieter Garlichs und zuletzt durch die Aberkennung des DIZ Spendensiegels ist UNICEF Deutschland in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt.

Von der Bundestagsfraktion bin ich als Mitglied ins Deutsche Komitee von UNICEF bestellt. Auf meine Initiative habe ich am 2. Febr. 2008 gemeinsam mit den bestellten Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen Faktionen den kommissarischen Vorstandsvorsitzenden Schlagintweit schriftlich aufgefordert, schnellstmöglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Klärung der Sachverhalte und Vorwürfe einzuberufen. Die Sondermitgliederversammlung findet nun am 10. April 2008 statt.

UNICEF muss jetzt so schnell wie möglich einen Neuanfang beginnen und die dringend notwendigen Reformen anpacken. Dazu gehören: 1. Die Trennung von Vorstand und Geschäftsführung, 2. Absolute Transparenz bei der Vergabe von Verträgen und 3. Die Debatte um ein Leitbild von UNICEF, auch im Hinblick darauf, inwieweit eine Hilfsorganisation mit solch hohem moralischen Anspruch professionell Spenden akquirieren darf. UNICEF muss alles daran setzen, möglichst schnell das DIZ Spendensiegel zurückzuerhalten, denn dieses ist für die Bürgerinnen und Bürger der Garant für die korrekte Verwendung ihrer Spenden. Die gute Arbeit von UNICEF zum Wohl der Kinder in der Welt darf nicht länger durch die anhaltende Krise beschädigt werden.

infobrief März 08/ Kerstin Müller

03 – Kenia: die Gewalt kann jederzeit wieder aufflammen

Nach wochenlangen Vermittlungsbemühungen der Afrikanischen Union unter Leitung Kofi Annans haben die beiden Kontrahenten um die Präsidentschaft Kibaki und Odinga am 28. Februar eine erste Einigung erzielt: Künftig wollen sie eine gemeinsame Regierung bilden und durch die Einführung eines Premierministers neben dem Präsidentenamt die Macht teilen. Die Vereinbarung ist ein erster wichtiger Schritt zurück zu einer friedlichen Entwicklung in einem stabilen Kenia.

Jetzt kommt es auf die rasche Umsetzung an. Die Streitparteien müssen erst noch unter Beweis stellen, dass sie ihrer Verantwortung, zum Schutz und Wohle der gesamten kenianischen Bevölkerung zu handeln, weiter gerecht werden. Unter keinen Umständen dürfen sich die Gewaltexzesse nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen zugunsten Kibakis vom 27. Dezember 2007 wiederholen. Schwerste Menschenrechtsverletzungen wurden begangen, in deren Folge 1500 Tote und über 300.000 Vertriebene zu beklagen waren.

Noch ist die Krise nicht ausgestanden. Solange die kriminellen Hintergründe nicht aufgeklärt werden und die tiefer liegenden Ursachen wie die überbordende Korruption und eine ungerechte Wohlstandsverteilung fortbestehen gilt: die Gewalt kann jederzeit wieder aufflammen. Die internationale Gemeinschaft, EU und Bundesregierung dürfen jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen. Sie tragen weiterhin eine Mitverantwortung zum Schutz der Menschen in Kenia. Sie müssen die Entwicklungen in den kommenden Monaten weiter aufmerksam verfolgen, Fortschritte angemessen unterstützen, aber gegebenenfalls auch bereit sein, weiter Druck auszuüben.

04 – Tschad/Darfur: Frankreich und China müssen Druck machen

Die Lage im Tschad und in Darfur droht völlig zu eskalieren. Der tschadische Präsident Déby nutzt das Chaos, um auch die friedliche Opposition im Land endgültig auszuschalten, indem er den Ausnahmezustand verhängt hat. Zahlreiche namhafte Politiker ließ er verhaften. Auch die Rebellen in Darfur unterstützt Déby unvermindert weiter. Das entspricht dem Kalkül Khartums: Es will den "Kessel Tschad" immer weiter unter Druck setzen. Dafür greift Khartum den Rebellen im Tschad massiv unter die Arme und bombt die Menschen in Darfur aus dem Land in den Tschad. Das gezielt herbeigeführte Chaos nutzt das sudanesisches Regime, um die UNAMID und die EUFOR zu verhindern und den Genozid ungehindert weiter verfolgen zu können.

Das Töten muss ein Ende haben. Die EU und die internationale Gemeinschaft dürfen die massiven Menschenrechtsverletzungen nicht weiter ignorieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die französische Regierung auf der kommenden Ratssitzung am 18./19. Februar zu drängen, ihre Afrikapolitik radikal zu ändern. Die Glaubwürdigkeit der EU und die der Friedensmission EUFOR darf nicht weiter beschädigt werden. Die Neutralität der EUFOR muss gewahrt bleiben. EUFOR darf nicht zur Unterstützungsmission für Déby unter europäischem Deckmantel werden. Frankreich muss sichtbar Druck auf Déby ausüben. Déby muss die friedlichen Oppositionellen unverzüglich freilassen und Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer demokratischen Machtteilung einleiten.

infobrief März 08/ Kerstin Müller

Übergriffe auf das Staatsgebiet des Sudan und die aktive Unterstützung der Darfur-Rebellen muss Déby stoppen. Gleichzeitig muss die EU mit EUFOR aber auch die Grenze zum Sudan kontrollieren. Eine kontrollierte Flugverbotszone muss her.

Die Bundesregierung, EU und die internationale Gemeinschaft müssen dringend auch den Druck auf Peking erhöhen. Die Absage Spielbergs unterstreicht: China kann nicht den friedlichen Geist Olympias repräsentieren wollen und gleichzeitig die Kriegsmaschinerie Khartums durch Ölkäufe und Waffenlieferungen am Laufen halten. Peking macht sich mitschuldig am voranschreitenden Genozid. Es muss Al-Bashir endlich auch unter Androhung von Sanktionen öffentlich und unmissverständlich Einhalt gebieten und von ihm die ungehinderte Entsendung der UNAMID – insbesondere die Zulassung nicht-afrikanischer Kontingente einfordern.

05 – Simbabwe

Am 21. Februar diskutierte der Bundestag über die aktuelle Situation und die demokratische Entwicklung in Simbabwe. In meiner Rede betonte ich, dass Mugabe ein Mann der Vergangenheit und nicht ein Mann der Zukunft ist. Denn nach 28 Jahren stehen die Menschen dort vor einem Scherbenhaufen: Hyperinflation, eine Arbeitslosenquote von 80 Prozent, ein Viertel der Bevölkerung - 3 Millionen Menschen - auf der Flucht. Keine gute Bilanz! Zum Wohle seines Volkes sollte er besser in Rente gehen.

Die große Frage ist, ob die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 29. März 2008 den überfälligen Wechsel einleiten werden.

Neu ist, dass es jetzt einen Kandidaten aus dem eigenen Lager gibt: Simba Makoni, ein ehemals hochrangiger moderater ZANU-PF-Funktionär. Ob das eine Chance für das Land ist, muss sich erst zeigen; das ist eine offene Frage. Jedenfalls zeigt das den Riss und auch die Unzufriedenheit in der ZANU-PF mit dem Regime Mugabe. Makoni ist beim Volk beliebt. Mit seinem Programm setzt er auf Ausgleich. Vielleicht kann hier ein Wechsel gelingen.

Meine Rede findet ihr auf meiner Homepage, die seit ca. 1 Monat ein neues Layout hat:

http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/dok/221/221607.simbabwe_vor_den_wahlen.html

06- Grüner Friedenskongress in Berlin – Mein Workshop am 8.März

Thema: Responsibility to Protect – Verantwortung zum Schutz von Menschen

Nach dem Völkermord in Ruanda und dem Krieg im Kosovo begann eine Diskussion wie das Völkerrecht weitentwickelt werden muss, um die Zivilbevölkerung vor schwersten Menschenrechtsverletzungen wirksam schützen zu können. Auf dem Weltgipfel der UNO Ende 2005 haben die Staats- und Regierungschefs daher das Konzept der „Verantwortung zum Schutz“, die „Responsibility to Protect“ beschlossen.

infobrief März 08/ Kerstin Müller

Das Neue des Ansatzes ist, dass nationale Souveränität dahingehend erweitert wird, dass sie den Schutz ihrer Zivilbevölkerung einschließt. Kann ein Staat diesen Schutz nicht gewährleisten oder fehlt ihm dazu der politische Wille, kann stattdessen die internationale Gemeinschaft im Rahmen der UNO diese Schutzfunktion in eng begrenzten Fällen von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Intervention wahrnehmen.

Das Beispiel Darfur zeigt allerdings, dass wir von einer wirksamen Umsetzung dieser „Responsibility to Protect“ noch weit entfernt sind.

Ich möchte mit meinen Gästen die Chancen und Probleme diskutieren, die in diesem Konzept liegen, um den internationalen Menschenrechten Geltung zu verschaffen.

Mehr zum Friedenskongress: <http://www.gruener-friedenskongress.de/workshops>

07 – Internationaler Frauentag – Nein zu Gewalt an Frauen

Am diesjährigen Frauentag am 8. März machen die Grünen eine Kampagne zur Finanzierungssicherheit von Hilfsstrukturen, die im Bereich Gewalt arbeiten.

Leider sind auch Frauenhäuser in NRW immer noch von dem Goodwill der Landesregierung abhängig. Haben wir zu Rot-grünen Regierungszeiten noch den Erhalt der Strukturen absichern können, hatte Schwarz-Gelb kein Einsehen und strich die vierte Personalstelle im Frauenhausbereich. Deshalb möchte ich Euch aufrufen, zusammen mit dem Landesverband Menschen zu gewinnen, die sich für Verankerung der Finanzierung dieser Einrichtungen als staatliche Pflichtaufgabe in der Landesverfassung einsetzen. Die Unterschriftensammlung läuft bis Herbst. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Kreisverbände daran teilnehmen.

Die Aktion findet ihr auf der Seite des Grünen Landesverbandes unter:

<http://www.gruene-nrw.de/Material.762.0.html>

08 – Bitte unterstützt ‚Come in Contract‘ auch lokal

Bei „Come in Contract“ entwickeln Kinder und Jugendliche Ideen und Forderungen zu Themen, die ihnen wichtig sind. Ziel ist es, mit Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden direkt und gleichberechtigt zu diskutieren und sich mit ihnen auf verbindliche Ergebnisse in Form von „contracts“ zu einigen.

Die Bandbreite von Themen, Methoden und Orten für eine gute Diskussion sind so gut wie keine Grenzen gesetzt. Die Naturschutzjugend in Hessen zum Beispiel verabredet mit Landtagsfraktionen konkrete Energiesparmaßnahmen für den Landtag und motiviert Abgeordnete mit „Rent a Politiker“ zu Gesprächen mit Jugendlichen aus ihren Wahlkreisen.

Nähere Informationen gibt es auf der Homepage des Deutschen Bundesjugendringes unter: www.dbjr.de oder unter 030-400 404-41